Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2011 · 50:742
DOI 10.1007/s00120-011-2570-2
© Springer-Verlag 2011

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ URO-Telegramm +++

Ärzte dürfen keine kostenlose Vorsorgeuntersuchung anbieten. Dieses gilt auch, wenn es von Berufsverbänden im Rahmen einer europaweiten Aufklärungskampagne unterstützt und gefördert wird, urteilte das Landgericht (LG) Berlin. Im konkreten Fall hatte im Mai 2010 eine europaweite Kampagne zum Thema „Hautkrebs“ stattgefunden. Der Berufsverband der Dermatologen stellte dazu auf seiner Internetplattform einen interaktiven Terminkalender zur Verfügung, in den sich Ärzte, die Veranstaltungen in ihrer Praxis anbieten, eintragen konnten. Ziel der Kampagne war es unter anderem, mehr Aufmerksamkeit für die Vorsorge zu generieren. Ein Arzt bot dabei nicht nur ein Hautkrebs-Screening an, sondern auch eine Beratung zur Vorbeugung sowie eine an diesem Tag kostenlose Computerdokumentation auffälliger Befunde. Eine weitere Arztpraxis mahnte den Arzt und den Berufsverband ab, weil das Angebot kostenloser ärztlicher Leistungen gegen die Berufsordnung für Ärzte verstöße. Zu Recht, wie das LG Berlin nun entschied. Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass § 12 der Berufsordnung für Ärzte vorschreibt, dass eine ärztliche Honorarforderung nach der GOÄ zu bemessen ist. Eine Unterschreitung der Sätze ist unzulässig. Außerdem verschaffe sich der Arzt, der zu bezahlende Leistungen kostenlos anbietet, gegenüber ordnungsgemäß abrechnenden Arztpraxen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil. Er binde allein aufgrund dieses Angebotes Patienten an sich, die den Arzt ausgesucht hätten, weil sie das Angebot nutzen wollten, so die Richter.

Auch die Ziele der Kampagne rechtfertigten die Gebührenunterschreitung nicht.

Az: 103 O 80/10

Kommentar: Manchmal sprechen Richter richtiges Recht. Aufklärung ja, Angebote ja, aber nicht unwürdig und unterwürfig: ärztliche Arbeit hat ihren Wert, und zwar für alle gleich. Zerren um Patienten sollten wir grundsätzlich ablehnen, Dumping zur Kundenbindung lieber großen Handelsketten überlassen, die sind besser darin! Unsere GOÄ ist wirklich „preiswert“ genug...

Bei einer **anhaltenden Impotenz nach einer Prostata-Operation** kann eine gesundheitliche **Behinderung von 40 Prozent** angerechnet werden. Das hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen entschieden. Nach Angaben der Deutschen Anwaltshotline war einem 55-jährigen nach einer Krebstherapie zunächst ein Behinderungsgrad von 60 Prozent zuerkannt worden. Diesen setzte das Versorgungsamt aber fünf Jahre später um 20 Prozent herab. Dagegen klagte der Mann. Er leide psychisch sehr unter seiner Impotenz und den damit einhergehenden Beeinträchtigungen. Deshalb sei sein Grad der Behinderung weiterhin mit mindestens 50 zu bewerten. Dem widersprachen die Essener Richter. Da der Zeitraum der Heilung abgelaufen sei, könne der Grad der Behinderung allein wegen der verbliebenen Impotenz nunmehr zu Recht auf den Basis-Wert von 40 herabgesetzt werden.

Az.: L 6 (7) SB 135/06

3. World Continence Week: große Aufklärungskampagne in vielen Städten

Die Organisation der dritten World Continence Week (20.-26. Juni 2011) läuft auf Hochtouren: fünf Wochen vor dem Startschuss sind (Stand 10. Mai) 98 Veranstaltungen in 69 Städten geplant – und die Deutsche Kontinenz Gesellschaft geht von weiteren Meldungen aus! Damit Inkontinenz als Volks-

krankheit endlich aus der Tabuzone heraustritt, wird in diesem Jahr bereits zum dritten Mal die World Continence Week veranstaltet. Bei rund neun Millionen Patienten ist in Deutschland jeder Neunte von der Krankheit betroffen. Da die Wahrscheinlichkeit an Inkontinenz zu erkranken mit dem Alter steigt, kann sich ein Großteil der Deutschen also darauf einrichten, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, selbst betroffen zu sein. Doch diese Tatsache ist wenig bekannt und wird gern gedanklich beiseite geschoben. Dabei ist Aufklärung notwendig, denn der frühzeitige Gang zum Arzt kann oft rasche Linderung herbeiführen. Das gilt besonders für Frauen, die häufig schon in jungen Jahren und nicht selten nach einer Geburt an Inkontinenz erkranken.

Das Thema ist hochbrisant: immer mehr Kliniken erkennen die Bedeutung der professionellen, fächerübergreifenden Behandlung und lassen sich als Kontinenz- und Beckenboden-Zentrum von der Deutschen Kontinenz Gesellschaft zertifizieren. Erste Kommunen führen Gebührenbefreiungen bei der Müllabfuhr für Menschen ein, die Inkontinenz einlagen entsorgen müssen und stellen Toilettenführer zusammen. Doch das alles sind nur regionale Ansätze, die dringend bundesweit Verbreitung finden müssten.

Die aktuellen Veranstaltungshinweise finden sich unter **www.kontinenz-gesellschaft.de**. Hier kann auch kostenlos Informationsmaterial bestellt werden.

Die Deutsche Kontinenz Gesellschaft e. V. hat es sich als gemeinnützige, medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaft seit 1987 zur Aufgabe gemacht, Inkontinenz aus der Tabuzone zu holen und so den Weg frei zu machen für eine verbesserte Diagnose, Behandlung und Prävention von Harn- und Stuhlkontinenz.

Dafür steht bundesweit ein interdisziplinärer Expertenrat aller betroffenen Fachrichtungen zur Verfügung. Mit der Zertifizierung von ärztlichen Beratungsstellen sowie Kontinenz- und Beckenboden-Zentren und der Veranstaltung von Fortbildungen trägt die Deutsche Kontinenz Gesellschaft maßgeblich zur Qualitätssicherung in der Behandlung und Beratung von Menschen mit Inkontinenz bei.

Sie erreichen unseren BDU-Präsidenten Dr. Axel Schroeder im Rahmen der nächsten Online-Sprechstunden am Donnerstag, 14.7.11, von 20 – 21 Uhr und Donnerstag, 18.8.11, von 20– 21 Uhr unter www.urologen-im-web.de. Nutzen Sie die Gelegenheit zum direkten Dialog!